

Presseinformation - 16.02.2023

## **Kfz-Gewerbe Bayern: Politik muss Mittelstand bei Mobilitätswende stärker einbeziehen**

**Präsident Vetterl: „Verbrenner-Verbot ist fahrlässig.“ – Modellpaletten der Hersteller gehen am Markt vorbei**

**München.** Das bayerische Kraftfahrzeuggewerbe mit seinen sieben Innungen fordert für den Mittelstand verlässliche politische Rahmenbedingungen bei der Umsetzung der Mobilitätswende. „Die Politik hat insbesondere vor dem Hintergrund des von der EU durchgedrückten Verbrenner-Verbots nicht nur eine Verantwortung gegenüber der Automobil- und Zulieferindustrie. Der Mittelstand ist der Schlüssel zur Mobilitätswende in der Breite der Gesellschaft. Das gilt für die Autofahrerinnen und Autofahrer – und das gilt auch für das Kraftfahrzeuggewerbe“, sagte Albert Vetterl, Präsident und Landesinnungsmeister des Kraftfahrzeuggewerbes Bayern. Gerade für den ländlichen Raum seien die allein in Bayern rund 7.000 Kfz-Innungsbetriebe zur Sicherung der individuellen Mobilität unverzichtbar – egal mit welcher Antriebsform: „Das Kraftfahrzeuggewerbe steht für ein konstruktives Miteinander und nicht für ein ideologisches Gegeneinander von Mobilitäts- und Antriebsformen“, sagte Vetterl.

Natürlich brauche es besonders in Ballungszentren einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr und dort werde ein 49-Euro-Ticket auch viele Kunden finden. Ebenso seien gut ausgebaute Radwege wichtig, sagte Vetterl. „Wir brauchen aber auch leistungsstarke Straßen. Wir brauchen E-Fuels, um durch Beimischung den klimafreundlichen Übergang der Bestandsflotten zu meistern und gleichzeitig den sonst drohenden Wertverlust für Millionen von Fahrzeugen zu verhindern. Wir brauchen eine verlässliche politische Förderung von E-Mobilität und eine flächendeckende Schnellladeinfrastruktur. Wir brauchen Wasserstoff für den Nutzfahrzeugbereich“, sagte Vetterl. „Kurzum: Wir sollten durch gemeinsame Anstrengungen das Auto fit für die Zukunft machen statt es von Brüssel oder Berlin aus schlecht zu reden.“ Durch umfassende Beratung und Service, dem Aufbau von Infrastruktur und moderner Ausbildung leiste das Kraftfahrzeuggewerbe für diese Zukunft der Mobilität einen wichtigen Beitrag, sagte Vetterl. „Mit einem pauschalen Verbrenner-Verbot macht es sich die Politik zu einfach und handelt fahrlässig.“

Gleichzeitig fordert das bayerische Kraftfahrzeuggewerbe die Automobilhersteller auf, sich mit ihren Modellpaletten an den Bedürfnissen der mittelständisch geprägten Gesellschaft zu orientieren. „Mitten in einer für viele Menschen wirtschaftlich äußerst schwierigen Zeit verbannen viele Hersteller kostengünstige Einstiegsmodelle aus ihren Modellpaletten. Diese ‚Brot und Butter‘-Modelle sind jedoch unverzichtbar und werden auf dem Markt händierend gebraucht“, sagte Vetterl. Wenn diese Einstiegsmodelle fehlten, müssten viele Autofahrerinnen und Autofahrer ihre Kaufentscheidung vertagen oder sogar aufgeben. Alte Fahrzeuge würden dann gefahren, solange es ginge. „Das ist einerseits nicht im Interesse des Klimaschutzes. Und andererseits fehlt dieser Umsatz mit günstigen Einstiegsmodellen unseren mittelständischen Kfz-Innungsbetrieben. Dabei sichern diese Betriebe Arbeits- und Ausbildungsplätze für über 140.000 Menschen allein Bayern“, sagte Vetterl.